

1977	Ausgegeben zu Bonn am 20. Oktober 1977	Nr. 41
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
13. 10. 77	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. Juli 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1145
21. 9. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über Carnets E.C.S. für Warenmuster	1156
21. 9. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)	1156
23. 9. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	1157
23. 9. 77	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	1157
26. 9. 77	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Kapitalhilfe	1158

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 5. Juli 1974
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Arabischen Republik Ägypten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom 13. Oktober 1977

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 5. Juli 1974 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen, das Protokoll und die Briefwechsel vom 5. Juli 1974 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel Nr. 1 und 3 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 13. Oktober 1977

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Wirtschaft
Friderichs

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Arabischen Republik Ägypten
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and
the Arab Republic of Egypt
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Arabische Republik Ägypten —

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Landes im Hoheitsgebiet des anderen Landes zu schaffen, und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, den Kapitalfluß zum Nutzen des wirtschaftlichen Wohlstands beider Länder anzuregen —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die vollständig im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen oder an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei ein wesentliches Interesse haben, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Länder.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Länder.

(3) Die auf diese Weise gewährte Behandlung erstreckt sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Länder auf Grund ihrer Mitgliedschaft in oder Assoziierung mit einer Zollunion, einem Gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

The Federal Republic of Germany

and

the Arab Republic of Egypt

DESIRING to intensify economic co-operation between both countries,

INTENDING to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either country in the territory of the other country and

RECOGNIZING that encouragement and protection of such investments are apt to stimulate the flow of capital to the benefit of the economic prosperity of both countries

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible the investment of capital by nationals or companies of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

Article 2

(1) Neither Contracting Party shall in its territory subject investments completely owned by nationals or companies of the other Contracting Party or in which nationals or companies of the other Contracting Party have a substantial interest, to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third country.

(2) Neither Contracting Party shall in its territory subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third country.

(3) The treatment so granted shall not apply to privileges which either Contracting Party accords to nationals or companies of a third country because of its membership in, or association with, a customs union, a common market or a free trade area.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im allgemeinen Interesse und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Eine solche Entschädigung muß im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder Besitzentziehung festgesetzt werden. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen auf dem innerstaatlichen Rechtsweg nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährt in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei diesen Staatsangehörigen oder Gesellschaften den freien Transfer

1. von Erträgen;
2. von Lizenz- und anderen Gebühren aus den in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe d und e definierten Immaterialgüterrechten;
3. von Ratenzahlungen zur Rückzahlung von Darlehen;
4. von Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlage, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder eines dritten Landes entstehen;
5. von weiteren Beträgen, die für die Unterhaltung der Kapitalanlage erforderlich sind;
6. des Gegenwerts einer teilweisen oder vollständigen Liquidation der Kapitalanlage einschließlich einer Liquidation, die infolge eines der in Artikel 3 Absatz 3 aufgeführten Ereignisse vorgenommen wurde.

Artikel 5

Hat eine Vertragspartei für eine Kapitalanlage eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine finanzielle Garantie gegen nicht-wirtschaftliche Risiken übernommen, so erkennt die letztgenannte Vertragspartei in Höhe der auf Grund der Garantie geleisteten Zahlung und im Rahmen der Rechte des Investors den Eintritt des Garantiegebers auf Grund einer Übertragung in die Rechte des Investors auf Schadenersatz an. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gilt Artikel 3 bzw. Artikel 4.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Ho-

Article 3

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for the public interest and against compensation. Such compensation shall represent the equivalent of the investment expropriated; it shall be actually realizable, freely transferable, and shall be made without delay. Such compensation shall be fixed at the date of expropriation, nationalisation or dispossession. The legality of any such expropriation and the amount of compensation shall be subject to review by local judicial remedies.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in the present Article.

Article 4

Either Contracting Party shall in respect of investments by nationals or companies of the other Contracting Party grant to those nationals or companies the free transfer of:

- 1) returns;
- 2) royalties deriving from incorporeal rights as defined in Article 8, paragraph 1, letters d) and e);
- 3) instalments in repayment of loans;
- 4) amounts spent for the management of the investment in the territory of the other Contracting Party or a third country;
- 5) additional funds necessary for the maintenance of the investment;
- 6) the value of partial or total liquidation of the investment, including a liquidation effected as a result of any event mentioned in paragraph 3 of Article 3.

Article 5

In case one Contracting Party has granted any financial security against non-commercial risks in respect of an investment by a national or a company in the territory of the other Contracting Party, the latter shall recognize the subrogation by assignment of the grantor to the rights of the investor as to damage, if payment has been made under that security to the extent of that payment and within the rights of the investor. As regards the transfer of payments to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, Articles 3 and 4 shall apply respectively.

Article 6

(1) To the extent that those concerned have not made another arrangement admitted by the appropriate agen-

heitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3, 4 oder 5 unverzüglich in der vereinbarten Währung und zu dem für laufende Geschäfte am Tag des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der Kurs ist der amtliche Kurs, der von einer Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zu einer frei konvertierbaren Währung festgesetzt wird, soweit die einschlägigen Vorschriften des Internationalen Währungsfonds nicht anwendbar sind.

Artikel 7

Soweit eine Vertragspartei mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei günstigere Bedingungen vereinbart hat, gehen diese Bedingungen den in diesem Abkommen niedergelegten vor.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zugelassenen Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Know-how, Handelsmarken und Handelsnamen;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine zugelassene Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Arabische Republik Ägypten: natürliche Personen, die gemäß den ägyptischen Rechtsvorschriften als Bürger der Arabischen Republik Ägypten betrachtet werden.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilnehmer oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt ist. Darüber hinaus müssen Staatsangehörige einer der Vertragsparteien ein wesentliches Interesse an der Gesellschaft haben.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vor-

cies of the Contracting Party in whose territory the investment is situated, transfers under Articles 3, 4 or 5 shall be made without delay in the agreed currency and at the rate of exchange effective for current transactions on the day the transfer is made.

(2) The rate of exchange is the official rate fixed by either Contracting Party for its currency in relation to a freely convertible currency, as far as the relevant regulations of the International Monetary Fund are not applicable.

Article 7

In case either Contracting Party has agreed upon more favourable terms with nationals or companies of the other Contracting Party, such terms shall supersede those specified in this Agreement.

Article 8

(1) The term "investment" shall comprise every kind of asset accepted in accordance with the respective prevailing legislation of either Contracting Party, and more particularly, though not exclusively,

- a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens, pledges, usufructs and similar rights;
- b) shares of companies and other kinds of interest;
- c) claims to money utilized with the purpose of creating an economic value or to any performance having an economic value;
- d) copyrights, industrial property rights, technical processes, know-how, trade marks and trade-names;
- e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract or exploit natural resources.

Any admitted alternation of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment.

(2) The term "returns" shall mean the amounts yielded by an investment for a definite period as profit or interest.

(3) The term "nationals" shall mean

- a) in respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany;
- b) in respect of the Arab Republic of Egypt: physical persons who, according to the Egyptian legislation are considered citizens of the Arab Republic of Egypt.

(4) The term "companies" shall mean: any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality, having its seat in the territory of either Contracting Party and lawfully existing consistent with legal provisions, irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited. In addition nationals of either Contracting Party must have a substantial interest in the company.

Article 9

The present Agreement shall also apply to investments by nationals or companies of either Contracting Party, made prior to the entering into force of this Agreement

genommen wurden, soweit sie in Ubereinstimmung mit den jeweils geltenden Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei zugelassen worden sind.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Landes als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennung vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind endgültig und bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Der innerstaatliche Rechtsweg sollte erschöpft worden sein, bevor eine Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreitet werden kann.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten unabhängig vom Bestehen diplomatischer oder konsularischer Beziehungen.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen unter Nummer 8 des Protokolls, soweit sie auf den Luftverkehr anwendbar sind — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Arabischen Republik Ägypten innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kairo ausgetauscht.

and accepted in accordance with the respective prevailing legislation of either Contracting Party.

Article 10

(1) Disputes concerning the interpretation or application of the present Agreement should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: Each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third country as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it wants to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant agreement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from discharging the said function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party should make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be final and binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the Chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) Local judicial remedies should be exhausted before any dispute can be submitted to an arbitral tribunal.

Article 11

The provisions of the present Agreement shall apply irrespective of the existence of diplomatic or consular relations.

Article 12

The present Agreement, with the exception of the provisions in paragraph 8 of the Protocol, as far as they apply to air transport, shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Arab Republic of Egypt within three months from the entry into force of the present Agreement.

Article 13

(1) The present Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Cairo.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt fünf Jahre lang in Kraft und verlängert sich danach um jeweils weitere fünf Jahre, sofern es nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens dieses Abkommens an gerechnet.

GESCHEHEN zu Bonn am 5. Juli 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgeblich.

(2) The present Agreement shall enter into force one month after the day of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of five years and shall continue in force thereafter for another period of five years and so forth, unless denounced in writing by either Contracting Party one year before its expiration.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement, the provisions of Articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

DONE at Bonn on 5th July, 1974 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
G e n s c h e r

Für die Arabische Republik Ägypten
For the Arab Republic Egypt
I s m a i l F a h m y

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens betrachtet werden sollen:

(1) Zu den Artikeln 1 und 2

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen werden, genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Jede Vertragspartei kann die Vornahme von Kapitalanlagen von einer vorherigen förmlichen Genehmigung gemäß ihren Rechtsvorschriften abhängig machen. Sofern ein Zulassungsverfahren für die Vornahme einer Kapitalanlage vorgeschrieben ist, genießt die Kapitalanlage den Schutz des Abkommens vom Tag der Ausstellung der Zulassungsurkunde.

Die Zulassungsurkunde führt im einzelnen die Vergünstigungen, Immunitäten und Bedingungen auf, welche die betreffende Vertragspartei in Bezug auf die zugelassene Kapitalanlage gewährt oder auferlegt. Soweit die Zulassungsurkunde Abweichungen von der in Artikel 2 vorgesehenen Behandlung ausdrücklich niederlegt, ist Artikel 2 nicht anwendbar.

Anträge für ausländische Kapitalanlagen in der Arabischen Republik Ägypten sollen an die General Authority for Arab and Foreign Investments and Free Zones gerichtet werden.

(2) Zu Artikel 2

a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 sind insbesondere folgende Maßnahmen anzusehen, sofern sie in diskriminierender Weise gegen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei gerichtet werden: Die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für alle direkten oder indirekten Maßnahmen der Enteignung, Verstaatlichung oder Besitzentziehung, die gegen Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragsparteien gerichtet sind. Unter Enteignung ist die Entziehung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

Protocol

On signing the Agreement concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Arab Republic of Egypt, the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions which should be regarded as an integral part of the said Agreement.

(1) Ad Articles 1 and 2

Investments to be made in accordance with the laws and regulations of a Contracting Party in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of the present agreement. Either Contracting Party may subject investments to prior formal approval in accordance with its respective laws and regulations. If an admission procedure is required for making an investment, such investment shall enjoy the protection of the present Agreement as from the date of the issuing of the document of admission.

Such document of admission shall specify the favours, immunities, and conditions which the Contracting Party concerned grants or imposes in respect of the investment admitted. To the extent that the document of admission stipulates deviations from the treatment provided for in Article 2, the provisions of Article 2 shall not be applicable.

Applications for foreign investments in the Arab Republic of the Egypt should be submitted to the General Authority for Arab and Foreign Investments and Free Zones.

(2) Ad Article 2

a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of paragraph 2 of Article 2: the management, maintenance, use, and enjoyment of an investment. The following measures shall, in particular, be deemed "treatment less favourable" within the meaning of paragraph 2 of Article 2 if directed in a discriminatory way against nationals or companies of the other Contracting Party: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of power or fuel or of means of production or operation of any kind, impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "treatment less favourable" within the meaning of Article 2.

b) Paragraph 2 of Article 2 shall not apply to entry, sojourn and activity as an employee.

(3) Ad Article 3

The provisions of paragraph 2 of Article 3 shall also apply to any measure of expropriation, nationalisation or dispossession, either direct or indirect, against investments made by nationals or companies of the other Contracting Party. Expropriation shall mean the taking away of any property right which in itself or in conjunction with other rights constitutes an investment.

(4) Zu Artikel 4

Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(5) Zu Artikel 4

Im Fall der Liquidation kann das angelegte Kapital fünf Jahre nach dem in der Zulassungsurkunde bezeichneten Datum zum Satz von einem Fünftel des eingetragenen Wertes im Jahr rücktransferiert werden.

Kann der Investor aus Gründen, auf die er keinen Einfluß hat, die in die Arabische Republik Ägypten transferierten Mittel nicht weiter anlegen, so kann es ihm in diesem Fall gestattet werden, seinen Anteil an dem Kapital nach Ablauf eines Jahres vom Tag der Einfuhr und mit Genehmigung des Managing Board der General Authority zum Herkunftsort transferieren.

(6) Zu Artikel 6

Die Bedingung „unverzüglich“ im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt als erfüllt, wenn ein Transfer innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

Im Fall der Liquidation darf die Frist unter keinen Umständen sechs Monate überschreiten.

(7) Zu den Artikeln 2 und 8

- a) Beide Vertragsparteien werden sich in jedem Fall darüber verständigen, ob ein Interesse, das Staatsangehörige einer Vertragspartei an einer Gesellschaft haben, ein wesentliches Interesse ist, das es ermöglicht, über die Gesellschaft die Kontrolle oder einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Kann ein Einverständnis nicht erzielt werden, so wird der Fall nach Artikel 10 entschieden.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten gültigen nationalen Reisepaß besitzt.

(8) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

GESCHEHEN zu Bonn am 5. Juli 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgeblich.

(4) Ad Article 4

„Liquidation“ within the meaning of Article 4 shall be deemed to include any disposal effected for the purpose of completely or partly giving up the investment concerned.

(5) Ad Article 4

In the event of liquidation the capital invested may be retransferred five years after the date stated in the document of admission and at the rate of one fifth a year of the registered value.

In case the investor, for reasons beyond his control, cannot continue to invest the funds transferred to the Arab Republic of Egypt, he may be allowed in this case to transfer his share in the capital to its place of origin after the expiry of one year from the date of its importation and after the approval of the Managing Board of the General Authority.

(6) Ad Article 6

The term „without delay“ within the meaning of paragraph 1 of Article 6 is deemed to be fulfilled if a transfer is made within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and may on no account exceed two months.

In case of liquidation the said period may on no account exceed six months.

(7) Ad Articles 2 and 8

- a) Both Contracting Parties shall come to an understanding in each case with regard to whether the interest held by nationals of either Contracting Party is a substantial interest permitting to exercise control or decisive influence on the company. Should such an understanding not be reached, this case shall be settled under Article 10.
- b) Returns from an investment, as well as returns from re-invested returns, shall enjoy the same protection as the original investment.
- c) Without prejudice to any other method of determining nationality, any person in possession of a valid national passport issued by the appropriate authorities of either Contracting Party shall be deemed to be a national of that Party.

(8) Whenever goods or persons connected with the making of investments are to be transported, either Contracting Party shall neither exclude nor hinder transportation enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transports.

DONE at Bonn on 5th July, 1974 in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and Arabic texts the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
G e n s c h e r

Für die Arabische Republik Ägypten
For the Arab Republic of Egypt
I s m a i l F a h m y

Der Minister für Auswärtige
Angelegenheiten der
Arabischen Republik Ägypten Bonn, den 5. Juli 1974

The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt Bonn, 5th July, 1974

Exzellenz,

Excellency,

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in der Arabischen Republik Ägypten zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Arabischen Republik Ägypten deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Arabische Republik Ägypten einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Intending to facilitate and promote the making and developing of investments by German nationals or companies in the Arab Republic of Egypt, the Government of the Arab Republic of Egypt will grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies desire to enter and stay in the Arab Republic of Egypt and to carry on an activity there as an employee, except as reasons of public order and security, of public health or morality may warrant otherwise.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

I s m a i l F a h m y

I s m a i l F a h m y

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr. Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany

Bonn, den 5. Juli 1974

Bonn, 5th July, 1974

Exzellenz,

Excellency,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

I have the honour to confirm the receipt of your letter of today which reads as follows:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in der Arabischen Republik Ägypten zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Arabischen Republik Ägypten deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Arabische Republik Ägypten einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

„Intending to facilitate and promote the making and developing of investments by German nationals or companies in the Arab Republic of Egypt, the Government of the Arab Republic of Egypt will grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies desire to enter and stay in the Arab Republic of Egypt and to carry on an activity there as an employee, except as reasons of public order and security, of public health or morality may warrant otherwise.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

G e n s c h e r

G e n s c h e r

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Arabischen Republik Ägypten
Herrn Ismail Fahmy

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt
Mr. Ismail Fahmy

Der Minister für Auswärtige
Angelegenheiten der
Arabischen Republik Ägypten Bonn, den 5. Juli 1974

The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt

Bonn, 5th July, 1974

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Arabischen Republik Ägypten, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Arabischen Republik Ägypten bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens zu fördern, das Abkommen vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden wird und bereit ist, die unter Nummer 1 des Protokolls zu dem Abkommen vorgesehenen Zulassungsurkunden auszustellen.

Diese Absichtserklärung wird ausschließlich mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen von deutschen Staatsangehörigen oder Gesellschaften in der Arabischen Republik Ägypten vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens erwägen kann.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ismail Fahmy

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 5. Juli 1974

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Arabischen Republik Ägypten, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Arabischen Republik Ägypten bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens zu fördern, das Abkommen vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden wird und bereit ist, die unter Nummer 1 des Protokolls zu dem Abkommen vorgesehenen Zulassungsurkunden auszustellen.

Diese Absichtserklärung wird ausschließlich mit dem Ziel abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen von deutschen Staatsangehörigen oder Gesellschaften in der Arabischen Republik Ägypten vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens erwägen kann.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Arabischen Republik Ägypten
Herrn Ismail Fahmy

Excellency,

I have the honour to inform you that the Government of the Arab Republic of Egypt in order to promote the making of investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the Arab Republic of Egypt prior to the entry into force of the Agreement, will provisionally apply the Agreement as from the day of signature and is ready to issue as from that date the documents of admission as referred to in paragraph 1 of the Protocol to the present Agreement.

This declaration of intent is exclusively given with the aim that the Government of the Federal Republic of Germany may consider the issueing of guarantees for investments to be made by German nationals or companies in the Arab Republic of Egypt prior to the entry into force of the Agreement.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Ismail Fahmy

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr. Hans-Dietrich Genscher

The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany

Bonn, 5th July, 1974

Excellency,

I have the honour to confirm the receipt of your letter of today which reads as follows:

“I have the honour to inform you that the Government of the Arab Republic of Egypt in order to promote the making of investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the Arab Republic of Egypt prior to the entry into force of the Agreement, will provisionally apply the Agreement as from the day of signature and is ready to issue as from that date the documents of admission as referred to in paragraph 1 of the Protocol to the present Agreement.

This declaration of intent is exclusively given with the aim that the Government of the Federal Republic of Germany may consider the issueing of guarantees for investments to be made by German nationals or companies in the Arab Republic of Egypt prior to the entry into force of the Agreement.”

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Genscher

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt
Mr. Ismail Fahmy

Der Minister für Auswärtige
Angelegenheiten der
Arabischen Republik Ägypten Bonn, den 5. Juli 1974

The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt Bonn 5th July, 1974

Exzellenz,

Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Transferierungen nach Artikel 3, 4 oder 5 des Abkommens werden unverzüglich in der vereinbarten Währung im Einklang mit den Bestimmungen unter Nummer 6 des Protokolls durchgeführt.

Ist eine der unter Nummer 6 des Protokolls festgelegten Fristen überschritten, so wird die betreffende Vertragspartei einen Wechselkurs anwenden, der nicht ungünstiger ist als der Kurs, der am letzten Tag der unter Nummer 6 des Protokolls festgelegten Fristen gültig war.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ismail Fahmy

Excellency,

I would like to confirm that we have agreed upon the following:

Transfers made according to articles 3, 4 or 5 of the Agreement will be effected without delay in the currency agreed upon in accordance with paragraph 6 of the Protocol.

If either of the periods stipulated in paragraph 6 of the Protocol is exceeded, the Contracting Party concerned will apply a rate of exchange not less favorable than the rate valid on the last day of the respective periods stipulated in paragraph 6 of the Protocol.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Ismail Fahmy

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Mr. Hans-Dietrich Genscher

Der Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 5. Juli 1974

The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany

Bonn 5th July, 1974

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich möchte bestätigen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Transferierung nach Artikel 3, 4 oder 5 des Abkommens werden unverzüglich in der vereinbarten Währung im Einklang mit den Bestimmungen unter Nummer 6 des Protokolls durchgeführt.

Ist eine der unter Nummer 6 des Protokolls festgelegten Fristen überschritten, so wird die betreffende Vertragspartei einen Wechselkurs anwenden, der nicht ungünstiger ist als der Kurs, der am letzten Tag der unter Nummer 6 des Protokolls festgelegten Fristen gültig war.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Genscher

Excellency,

I have the honour to confirm the receipt of your letter of today which reads as follows:

“I would like to confirm that we have agreed upon the following:

Transfers made according to articles 3, 4 or 5 of the Agreement will be effected without delay in the currency agreed upon in accordance with paragraph 6 of the Protocol.

If either of the periods stipulated in paragraph 6 of the Protocol is exceeded, the Contracting Party concerned will apply a rate of exchange not less favorable than the rate valid on the last day of the respective periods stipulated in paragraph 6 of the protocol.“

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

Genscher

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Arabischen Republik Ägypten
Herrn Ismail Fahmy

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Arab Republic of Egypt
Mr. Ismail Fahmy

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollabkommens
über Carnets E.C.S. für Warenmuster**

Vom 21. September 1977

Das Zollabkommen vom 1. März 1956 über Carnets E.C.S. für Warenmuster nebst Unterzeichnungsprotokoll (BGBl. 1965 II S. 917) ist von Österreich am 10. August 1977 gekündigt worden. Das Zollabkommen — nebst Unterzeichnungsprotokoll — wird daher nach seinem Artikel XXIII Abs. 1 für

Österreich

am 10. November 1977

außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. August 1977 (BGBl. II S. 791).

Bonn, den 21. September 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
(CMR)**

Vom 21. September 1977

Das Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) — nebst Unterzeichnungsprotokoll — (BGBl. 1961 II S. 1119) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Griechenland

am 22. August 1977

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1974 (BGBl. II S. 1384).

Bonn, den 21. September 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das auf Unterhaltsverpflichtungen
gegenüber Kindern anzuwendende Recht**

Vom 23. September 1977

Das Übereinkommen vom 24. Oktober 1956 über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht (BGBl. 1961 II S. 1012) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für

Japan am 19. September 1977
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. August 1974 (BGBl. II S. 1109).

Bonn, den 23. September 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 23. September 1977

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377) ist nach seinem Artikel XI für

Kap Verde am 27. Juni 1977
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. März 1977 (BGBl. II S. 277).

Bonn, den 23. September 1977

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kenia
über Kapitalhilfe**

Vom 26. September 1977

In Nairobi ist am 15. Dezember 1976 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 15. Dezember 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. September 1977

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Kenia,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kenia,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Kenia beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kenia, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Kitale“ ein Darlehen bis zu 5 000 000,— DM (in Worten: Fünf Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kenia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zeitpunkt des

Abschlusses oder während der Durchführung der in Artikel 2 genannten Verträge in der Republik Kenia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kenia überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kenia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Nairobi am 15. Dezember 1976 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Heimsöeth

Für die Regierung der Republik Kenia
Mwai Kibaki

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 320. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung,
abgeschlossen am 30. September 1977,
ist im Bundesanzeiger Nr. 193 vom 13. Oktober 1977 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs
sowie Hinweise auf die
Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen
und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung
folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 193 vom 13. Oktober 1977 kann zum Preis von 1,50 DM
(einschl. Versandgebühren) gegen Voreinsendung des Betrages
auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 43,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.